

# **LEBENSMITTELPREISE UND ERNÄHRUNGSARMUT – NICHT NUR IN DER KRISE**

**Inflation, Mitnahmeeffekte im Lebensmittelsektor und Folgen  
für die Verbraucher:innen: Positionen und Forderungen  
der Verbraucherzentrale NRW**

Stand: Februar 2024

Silvia Monetti / Bernhard Burdick / Frank Waskow

Bereich Ernährung und Umwelt

Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen

Mintropstr. 27

40215 Düsseldorf

[www.verbraucherzentrale.nrw](http://www.verbraucherzentrale.nrw)

## **Inhalt**

<b>Das Wichtigste auf einen Blick</b>	<b>2</b>
<b>1. Aktuelle Entwicklungen bei Lebensmittelpreisen</b>	<b>4</b>
<b>2. Profitgetriebene Inflation und Mitnahmeeffekte im Lebensmittelsektor</b>	<b>6</b>
<b>3. Die Preiskrise in der Mitte der Gesellschaft</b>	<b>7</b>
<b>4. Ernährungsarmut nimmt in Deutschland zu</b>	<b>8</b>
<b>5. Ernährungsarmut als verkanntes Problem</b>	<b>9</b>
<b>6. Forderungen und Lösungsansätze der Verbraucherzentrale NRW</b>	<b>11</b>
<i>Appendix 1: Bisherige Evidenz für profitgetriebene Inflation und Gewinnmitnahmen</i>	<i>15</i>
<i>Appendix 2: Wie viele Menschen sind in Deutschland von Ernährungsarmut betroffen?</i>	<i>18</i>
<b>Quellen</b>	<b>20</b>

## Das Wichtigste auf einen Blick

- **Die Lebensmittelpreise in Deutschland steigen seit dem Sommer 2021 an und bleiben auf einem sehr hohen Niveau, auch wenn sich die Inflation seit dem Herbst 2023 verlangsamt hat.** Die Teuerung von Nahrungsmitteln hat sich 2023 von der gesamten Inflation abgekoppelt, seit März 2023 sind Lebensmittel sogar ihr Haupttreiber. Durchschnittswerte und Vorjahresmonatsvergleiche bilden nicht die ganze Verbraucherrealität ab.
- **Zahlreiche Studien und Analysen, auch von internationalen Organisationen, schreiben Unternehmensprofiten im Euroraum und in Deutschland einen wichtigen Anteil an der Inflation zu.** Obwohl es einen starken Anstieg der Energie- und Rohstoffkosten gegeben hat, sind die Gewinne von Unternehmen im Agrar- und Lebensmittelsektor eher konstant geblieben oder sogar gestiegen. **Unternehmen sind nicht verantwortlich für die Preisanstiege ausgelöst durch Pandemie und Ukraine-Krieg – aber manche haben durch ihre Preisgestaltung die Auswirkungen auf Markt und Verbraucher:innen massiv verstärkt.** Die Last der Preiserhöhungen musste von den sinkenden Real-löhnen der Verbraucher:innen getragen werden.
- **In Deutschland sind über 17 Millionen Menschen von Armut, einschließlich Ernährungsarmut, und sozialer Ausgrenzung bedroht oder betroffen.** Menschen mit niedrigen sozioökonomischen Status sind von den steigenden Lebenshaltungskosten am stärksten betroffen. Trotzdem wird Ernährungsarmut von den politischen Akteur:innen immer noch viel zu wenig beachtet. Das Grundrecht einer angemessenen materiellen Grundlage und einer ausreichenden, gesunden Ernährung wird von der Politik missachtet – stattdessen wird die individuelle Verantwortung der einzelnen Verbraucher:innen vorgeschoben. Damit werden die Betroffenen allein gelassen.

**Um das Ernährungssystem in Deutschland zukunftsfähig und krisensicherer zu machen, benötigen wir eine wirksamere Wettbewerbspolitik, mehr Transparenz bei der Lebensmittelpreisbildung entlang der Wertschöpfungsketten vom Feld bis auf den Teller und die entschlossene Bekämpfung von Ernährungsarmut. Dafür fordert die Verbraucherzentrale NRW:**

- **Eine Sektoruntersuchung im Lebensmittelmarkt, um den Wettbewerb zu stärken.** Der deutsche Lebensmitteleinzelhandel ist *de facto* ein Oligopol, wo einige Großunternehmen ihre Marktmacht und Preissetzungsspielräume zulasten der Verbraucher:innen nutzen. Das Bundeskartellamt sollte der Frage nachgehen, ob ein ausreichender Wettbewerb zwischen den vier großen Handelsunternehmen, die 85 Prozent des Umsatzes im Sektor auf sich vereinen, gesichert ist. Ebenfalls zu untersuchen ist die Lebensmittelpreisentwicklung seit 2022, um die genauen Ursachen der Lebensmittelinflation klarzustellen und ggf. Störungen bei der Preisbildung bzw. unfaire Preisgenerierung gegenüber Verbraucher:innen aufzudecken. Kommt das Bundeskartellamt zum Schluss, dass im Lebensmitteleinzelhandel (oder in anderen Sektoren) eine erhebliche oder fortwährende Störung des Wettbewerbs zulasten der Verbraucher:innen besteht, kann die Behörde die in der 11. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen erteilten Kompetenzen nach § 32 f. GWB nutzen und entsprechende Anordnungen treffen.
- **Die Stärkung des Lebensmittelsektors durch angemessene wettbewerbspolitische Ansätze.** Angesichts der Machtkonzentration im Lebensmittelmarkt brauchen wir *ex-ante* und sektorspezifisch wettbewerbspolitische Ansätze, die darauf abzielen, die Spielregeln festzulegen, *bevor* es zu

wettbewerbswidrigem Verhalten kommt. Die Wettbewerbspolitik sollte als ein Instrument zur Unterstützung der makroökonomischen Stabilisierung in turbulenten Zeiten verstanden werden, nicht nur zur Verhinderung und Behebung mikroökonomischer Schäden.

➤ **Mehr Transparenz bei Lebensmittelpreisen durch die Einführung einer Preisbeobachtungsstelle.**

Inflationswellen können sich extrem schnell entfalten. Von daher sind zuverlässige Echtzeitinformationen für Politik und zuständige Behörden von größter Bedeutung. Mehr Transparenz in der Preisbildung und detaillierte Daten zu Verbraucherpreisen von konkreten Nahrungsmitteln würden auch den Anreiz für Missbrauch von Marktmacht verringern und die Informationsbasis für Wettbewerbsbehörden, Verbraucherschutzorganisationen und Gesetzgeber verbessern.

Eine Preisbeobachtungsstelle sollte die Verbraucherpreise eines Lebensmittelwarenkorb mit konkreten, definierten Produkte und Marken permanent und systematisch erfassen. Störungen im Lebensmittelmarkt zu Lasten der Verbraucher:innen könnten so schnell identifiziert werden. Analysen über Einkaufspreise und Verhandlungsabläufe entlang der Wertschöpfungskette würden Rückschlüsse auf Inflationstreiber erlauben und dem Bundeskartellamt Grundlagen für Interventionen und mögliche Sanktionen liefern. Die Daten der Preisbeobachtungsstelle sollen nicht veröffentlicht werden, sondern ausschließlich der Durchsetzung des Verbraucherschutz und Wettbewerbsrechts dienen.

➤ **Mehr Transparenz bei Lebensmittelpreisen durch die Offenlegung von versteckten Preiserhöhungen.**

➤ **Die wirksame Bekämpfung von Ernährungsarmut:**

- Die Ernährungssicherheit aller Menschen in Deutschland muss als Schwerpunkt in den Nachhaltigkeits- und Ernährungsstrategien von Bund und Länder verankert werden. Die im Januar 2024 veröffentlichte erste bundesweite Ernährungsstrategie ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, der aber noch nicht weit genug geht. Denn konkrete Maßnahmen sowie konsistente, messbare Ziele, ein konsequentes Monitoring, ausreichendes Budget, Personal und klare Kompetenzen fehlen noch. Auch werden soziale Ernährungsarmut und die Gewährleistung einer adäquaten materiellen Grundlage nicht adressiert. **Somit ist aktuell das Risiko sehr groß, dass die Ernährungsstrategie der Bundesregierung sich als wirkungsloser Papiertiger erweist.**
- Armut trotz Arbeit muss systematisch verhindert und die Regelsätze der sozialen Grundsicherung so gestaltet werden, dass sie Einkommensarmut verhindern. Die realen Kosten für die Lebensbereiche Energie, Wohnen und Ernährung müssen in allen sozialhilferechtlichen Bedarfsberechnungen berücksichtigt werden. Dazu gehören auch die realen Kosten einer gesunden Ernährung, die aktuell in der Berechnungsgrundlage des Bürgergeldes nicht berücksichtigt werden.
- Die Datenlage von Ernährungsarmut in Deutschland muss verbessert werden, um wirksame Instrumente dagegen zu entwickeln. Die Ernährungssituation der privaten Haushalte sollte Teil der offiziellen statistischen Erhebungen wie etwa der Sozialberichterstattung auf Landes- und Bundesebene werden. So könnten Ausmaß, Determinanten und Folgen der Ernährungsarmut analysiert und Maßnahmen abgeleitet werden.

## 1. Aktuelle Entwicklungen bei Lebensmittelpreisen

- **Die Entwicklung der Nahrungsmittelteuerung hat sich 2023 von der allgemeinen Inflation abgekoppelt, Lebensmittel sind seit März 2023 ihr Haupttreiber. Obwohl sich die Inflation inzwischen verlangsamt hat, verharren die Nahrungsmittelpreise in Deutschland auf einem sehr hohen Niveau.**

Nachdem die Lebensmittelteuerung in Deutschland jahrzehntelang sehr gering ausgefallen ist, **steigen Lebensmittelpreise seit dem Sommer 2021 an – zunächst moderat und seit Anfang 2022 sehr stark.**<sup>1</sup> Die Lebensmittelteuerung hat also bereits lange vor dem Ausbruch des Kriegs gegen die Ukraine deutlich an Fahrt aufgenommen. Im Vergleich zu 2022 lag sie 2023 im Durchschnitt bei über 12 Prozent, doch bereits 2022 hatte sie mit +13,4 Prozent deutlich über der Gesamtteuerung gelegen (vgl. Abb. 1 und 2).<sup>1a</sup>

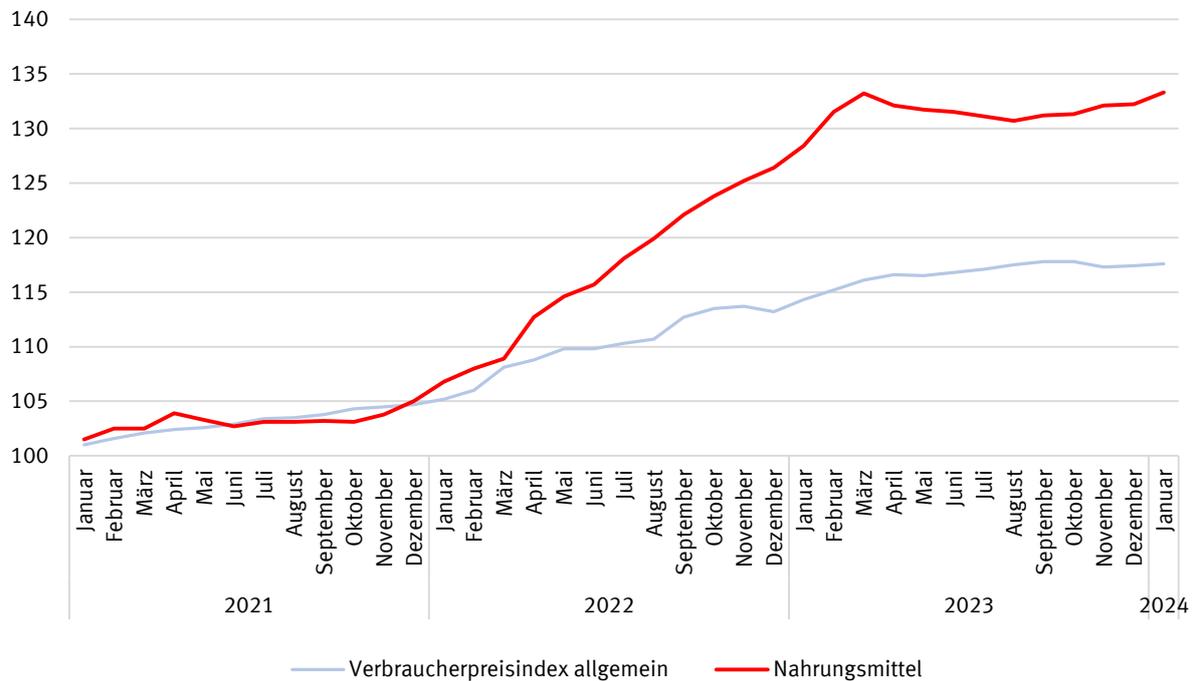
Laut dem Statistischen Bundesamt erreichte die monatliche Inflationsrate von Lebensmittelpreisen im **März 2023 den Rekordwert von +22,3 Prozent<sup>1</sup> – und doch zeigt diese Zahl nicht die ganze Verbraucherrealität.** Denn die monatlich veröffentlichten Inflationsdaten beruhen auf den durchschnittlichen Preissteigerungen eines festgelegten Warenkorbs und stellen Vorjahresmonatsvergleiche dar. Durchschnittswerte und Jahresvergleiche reichen jedoch nicht aus, um die Wirklichkeit der Verbraucher:innen abzubilden. Zum einen, weil Durchschnittswerte geringere aber auch höhere Preise umfassen und somit die Auswüchse des Marktes verschleiern: Was Verbraucher:innen im Alltag oft erleben sind Preiserhöhungen weit über den offiziellen Zahlen. Zwei 2023 von der Verbraucherzentrale NRW durchgeführte Marktchecks zeigen deutlich, dass gleiche bzw. vergleichbare Nahrungsmittel an den Kassen von Supermärkten und Discountern häufig extrem unterschiedliche Preise aufweisen – oder bis auf den Cent gleich sind. Unternehmen sind frei in der Preisgestaltung, doch wegen fehlender Transparenz kann nicht nachvollzogen werden, wie diese extrem unterschiedliche Preise zustande kommen.

Zum anderen verbergen Vorjahresvergleiche alle Preissteigerungen, die es bereits in den Monaten und Jahren zuvor bei Nahrungsmitteln gegeben hat. Erweitert man den Vergleichszeitraum, ergibt sich für viele Lebensmittel eine erheblich höhere Teuerung. **Wenn man zum Beispiel die Lebensmittelpreise im Januar 2024 mit der Zeit vor den Preisschocks ab Juni 2021 vergleicht, ergibt sich eine Steigerung um knapp 30 Prozent. Im Vorjahresvergleich lag ihre Teuerung aber lediglich bei +3,8 Prozent.**<sup>1</sup>

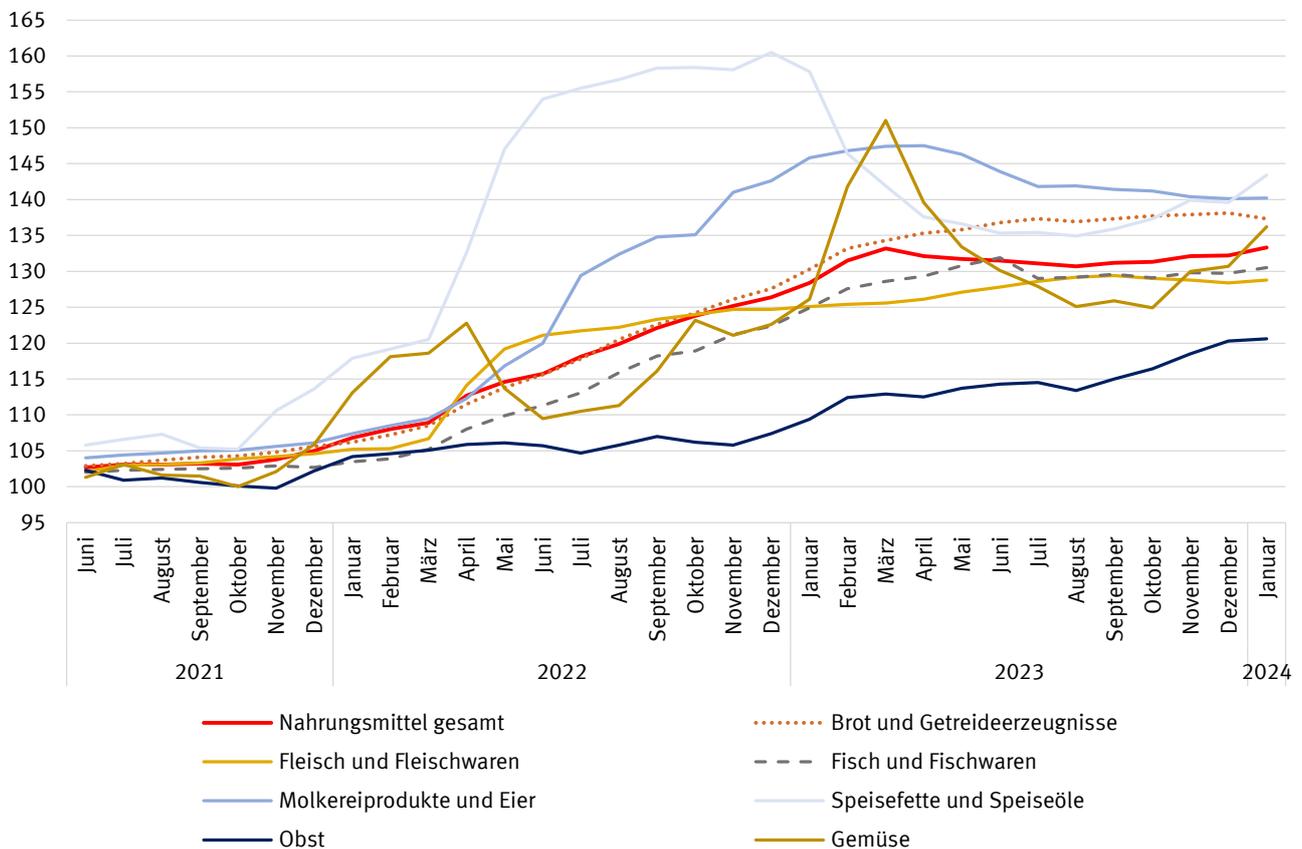
Hinzu kommen **versteckte Preiserhöhungen:** Um Preiserhöhungen zu verschleiern, haben zahlreiche Anbieter in den letzten zwei Jahren zwei Strategien besonders verfolgt – *Shrinkflation* und *Skimpflation*, sprich Füllmengen reduziert und/oder teure Zutaten durch kostengünstige ersetzt.<sup>2</sup> Verbraucher:innen bekommen so weniger Produkt oder weniger Qualität für den gleichen oder sogar noch höheren Preis und das bleibt sehr häufig unerkannt. Wiedererkennungswert von Verpackungen und frühere Käuferfahrungen führen dazu, dass versteckte Preiserhöhungen ihr Ziel erreichen: Sie werden erst erkennbar bei einem genauen Blick auf Grundpreisangabe, Füllmenge oder Zutatenliste; dafür ist aber der Vergleich von neuer und alter Packung notwendig, welche in der Regel nicht gleichzeitig verfügbar sind. *Shrinkflation* und *Skimpflation* führen seit zwei Jahren zu außergewöhnlich vielen Beschwerden von Verbraucher:innen. Die Verbraucherzentrale NRW hat allein im Laufe des Jahres 2023 über 550 Beschwerden zu gestiegenen Lebensmittelpreisen und versteckten Preiserhöhungen erhalten.

<sup>a</sup> Bitte beachten, dass die Abbildungen die Preisentwicklungen in Punkten und nicht in Prozentual darstellen.

**Abb. 1:** Entwicklung der Verbraucherpreisindizes für Nahrungsmittel und gesamt, 2021-2024, in Punkten. Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Abbildung.



**Abb. 2:** Preisänderung wichtiger Lebensmittelgruppen 2021-2024, in Punkten. Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Abbildung.



## 2. Profitgetriebene Inflation und Mitnahmeeffekte im Lebensmittelsektor

**Was verursacht die Preissteigerungen?** Die Gründe sind vielfältig: Die Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Kriegs gegen die Ukraine – auch wenn Studien zeigen, dass es in Folge des Konfliktes keine echte Nahrungsmittelknappheit in Deutschland und der EU gab, höchstens eher kurzfristige Lieferengpässe<sup>b,3</sup> –, höhere Personalkosten durch die Anhebung des Mindestlohns und einzelne Tarifabschlüsse, Ernteausfälle aufgrund von Extremwetter und Klimawandel. Die Rekordinflation wurde anfangs durch stark steigende Energie- und Rohstoffpreise (unter anderem Getreide, Gas, Kraftstoffe, Dünge- und Futtermittel) verursacht. Diese wurden verstärkt durch Versorgungsengpässe nach der Pandemie und waren zum Teil auch durch Spekulation an Warenterminbörsen oder Lagerhaltung großer Unternehmen bzw. sogar Staaten bedingt. Hinzu kommt die Preisgestaltung vor allem großer Unternehmen, die ihre Gewinne meist erhalten oder sogar steigern konnten.

→ **Zahlreiche Studien und Analysen, auch von internationalen Organisationen, schreiben gestiegenen Unternehmensprofiten im Euroraum und in Deutschland eine wichtige Rolle an der Inflation zu. Unter anderem im Ernährungssektor waren in den letzten zwei Jahren Unternehmensgewinne eine der treibenden Kräfte hinter den höheren Preisen (vgl. Appendix 1).<sup>4,c</sup> Sie haben die Auswirkungen von Schocks wie der Pandemie und dem Ukraine-Krieg massiv verstärkt.**

In Deutschland kann bis zu einem Drittel des Preisanstiegs für Nahrungsmittel seit Mitte 2022 nicht erklärt werden.<sup>5</sup> Vielmehr haben in bestimmten Bereichen, unter anderem im Lebensmittelsektor, die Margen angezogen. Das bedeutet: Es wurde mit den Preisen mehr an die Verbraucher:innen weitergegeben als von den gestiegenen Produktionskosten her zu rechtfertigen gewesen wäre. Analysen deuten auf eine Preissetzungsmacht von (einigen) Unternehmen hin, die es ihnen ermöglicht, die Preise in der Krise zu erhöhen, um ihre Gewinnmargen zu halten oder gar zu steigern (vgl. Appendix 1).<sup>6,7</sup> Laut der Monopolkommission weisen die Strukturen der Lebensmittellieferkette in Deutschland Anzeichen von möglichen Wettbewerbsproblemen und Marktmacht auf – und gerade in Branchen, die stärker von Lieferkettenengpässen betroffen waren und eine höhere Konzentration oder eine asymmetrischere Verteilung der Unternehmensgrößen aufweisen (wie im Lebensmittelsektor) war bzw. ist die Inflation höher.<sup>8,d</sup> Zudem machten Inflationserwartungen der Haushalte es den Unternehmen einfacher, starke Preisanstiege an Verbraucher:innen weiterzugeben. Dieser Effekt zeigt sich vor allem bei Unternehmen mit großer Marktmacht: Die weltgrößten Konzerne der Lebensmittelindustrie verzeichneten 2022 mitunter in Deutschland die größten Gewinnsteigerungen.<sup>9</sup>

<sup>b</sup> In Deutschland gibt es für viele Nahrungsmittel einen hohen Selbstversorgungsgrad (nicht für Obst und Gemüse).<sup>3</sup>

<sup>c</sup> Unternehmensprofite sind als preistreibend zu bewerten, wenn die Stückgewinne über einen längeren Zeitraum mit einer höheren Rate steigen als das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB). Das ist der Fall in Deutschland seit dem Frühjahr 2022. Bei einem starken Anstieg der Preise von Vorleistungen folgt daraus, dass bereits konstante Gewinnmargen preistreibende Stückgewinne bedeuten können. Doch Gewinne sind mitunter nicht nur konstant geblieben, sondern in manchen Fällen sogar gestiegen.<sup>4</sup>

<sup>d</sup> In Deutschland wird der Lebensmitteleinzelhandel von vier Großunternehmen dominiert: Die Edeka-Gruppe einschließlich Discounter Netto, die REWE-Gruppe einschließlich Discounter Penny, die Aldi-Gruppe Süd und Nord, und die Schwarz-Gruppe mit Lidl und Kaufland. Ihr Anteil hat in den vergangenen 20 Jahren stetig zugenommen, 2022 entfielen auf diese vier Unternehmen über 85 Prozent des Umsatzes im Lebensmitteleinzelhandel. Laut führenden Wettbewerbs- und Kartellexperten ist der Markt *de facto* ein Oligopol und der Wettbewerb funktioniert seit geraumer Zeit nicht mehr einwandfrei.<sup>8</sup> Zu den wichtigsten Lieferanten des deutschen Lebensmitteleinzelhandels gehören internationale Konzerne wie Dr. Oetker, Tönnies, Ferrero, Coca-Cola, Nestlé, Procter & Gamble, Tchibo, Unilever, Mars und Danone.<sup>7</sup>

Bedenklich ist ebenfalls die Tatsache, dass **Lebensmittel im Preiseinstiegssegment** prozentual teurer als Markenprodukte geworden sind:<sup>10,15</sup> Dies stellt vor allem für Verbraucher:innen mit geringen finanziellen Ressourcen ein ernsthaftes Problem dar, da sie auf den Einkauf der meist günstigeren Handelsmarken angewiesen sind. Die Neue Zürcher Zeitung konnte mithilfe von Datenanalysen der Preise von Rewe-Eigenmarken einen Preisanstieg von bis zu 71 Prozent zwischen Mai und Oktober 2022 feststellen. Grundnahrungsmittel wie Joghurt, Mehl oder Milch der Eigenmarke „Ja!“ zeigten signifikant höhere Preissteigerungen als im Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes.<sup>10</sup> Die Nichtregierungsorganisation Foodwatch beziffert die Teuerung bei Eigenmarken anhand eines durchschnittlichen Warenkorb über die großen Lebensmitteleinzelhändler Rewe, Edeka, Lidl und Aldi hinweg mit 30,9 Prozent zwischen Jahresbeginn 2022 und 2023 (bei Markenprodukten im Durchschnitt rund 15 Prozent).<sup>10</sup>

Begriffe wie „Gierflation“, „Verkäuferinflation“ und „Gewinninflation“ heben die **Verteilungsfolgen** dieser Entwicklungen hervor. Denn viele Verbraucher:innen konnten sich trotz Lohnerhöhungen 2022 und 2023 von ihrem Verdienst weniger leisten als im Jahr zuvor: Auch wenn die Nominallöhne stark gestiegen sind, sind Reallöhne und **Kaufkraft** wegen der Inflation deutlich gesunken.<sup>11</sup>

### 3. Die Preiskrise in der Mitte der Gesellschaft

✚ **Auch wenn die Inflationsraten seit dem Herbst 2023 deutlich gesunken sind, bleibt das Problem hoher und immer noch weiterhin steigender Preise vor allem für Menschen mit niedrigem Einkommen bestehen – und wird dadurch verschärft, dass sie nur geringe oder keine finanzielle Rücklagen besitzen und die Produkte des Alltags, die sie vor allem kaufen, kaum ersetzbar sind.**

Das relative Armutsrisiko in Deutschland ist in den letzten 15 Jahren tendenziell gestiegen. Rund 21 Prozent der Bevölkerung (über 17 Millionen Menschen) waren 2022 in Deutschland von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen oder bedroht<sup>12</sup>, unter Minderjährigen steigt diese Zahl auf 24 Prozent.<sup>13</sup> In NRW lag die Armutsgefährdungsquote 2022 bei 19,5 Prozent.<sup>14</sup> Die aktuellen Preissteigerungen sind für sehr viele Menschen also ein sehr ernstes Problem.

Denn in der aktuellen Krise sind alle Lebensmittelgruppen von der Teuerung betroffen, was Ausweichstrategien kaum noch möglich macht. Zudem sind ausgerechnet die Preise von Eigenmarken des Handels prozentual stärker gestiegen als die von Markenprodukten (s.o.) – gleichzeitig haben die starke Nachfrage sowie höhere Verkaufspreise bei diesen Produkten zu einem überproportionalen Umsatzwachstum geführt.<sup>15</sup> **Besonders problematisch ist die Tatsache, dass sich die Preissteigerungen im Ernährungsbereich zu der Teuerung in anderen Lebensbereichen summieren, insbesondere Energieversorgung und Mieten.** Die Ausgaben für diese drei Konsumbereiche wiegen bei Menschen mit niedrigem Einkommen besonders schwer, weil sie gezwungenermaßen einen großen Teil ihres schmalen Budgets für den Grundbedarf, also Nahrungsmittel, Haushaltsenergie und Miete, ausgeben müssen. Alle Studien für Deutschland zeigen höhere relative Inflationsraten für diese Haushalte auf. Bereits 2020 hatten die Ausgaben für Wohnen, Energieversorgung und Ernährung einen Anteil von fast 70 Prozent bei den Gesamtausgaben von Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen bis 1.300 Euro.<sup>16</sup> 2022 gab diese Gruppe im Durchschnitt rund 23 Prozent ihres Nettoeinkommens allein für Lebensmittel aus – bei Haushalten mit einem Nettoeinkommen ab 5.000 Euro waren es dagegen nur 9,5 Prozent.<sup>17</sup> **Die Haushalte sind von den aktuellen Preissteigerungen also unterschied-**

**lich betroffen** – Verbraucher:innen mit geringen Einkommen waren 2022-2023 von der hohen Inflation doppelt bis dreifach so stark betroffen wie wohlhabendere.<sup>18</sup>

**Die Teuerungen sind vor allem für Menschen mit geringem Einkommen bzw. wenigen Ersparnisse problematisch, weil sie kaum über finanzielle Anpassungsmöglichkeiten gegenüber steigenden Preisen verfügen. Sie haben keine Möglichkeit, die Inflation auszugleichen, und sind daher gezwungen, ihren Konsum in einem existenzbedrohlichen Maße einzuschränken und die wenigen vorhandenen Rücklagen aufzubrechen bzw. sich gar zu verschulden.**<sup>19,e</sup> Über 40 Prozent der Bevölkerung in Deutschland besitzt nur geringe oder keine finanziellen Rücklagen und 30 Prozent der Menschen haben in der aktuellen Situation einen Kredit aufgenommen oder überziehen das Konto, um die höheren Kosten des Lebensunterhalts temporär bewältigen zu können.<sup>16</sup> Verschuldung ist jedoch keine nachhaltige Antwort auf permanent höhere Preise. **Darüber hinaus wächst die statistisch nicht erfasste Armut solcher Menschen, deren Einkommen zwar klar über der Armutsrisikoschwelle liegt, allerdings wegen steigender Ausgaben trotzdem nicht mehr ausreicht, um die Lebenshaltungskosten zu decken.**

In einer Antwort auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion im Deutschen Bundestag sowie in der ersten bundesweiten Ernährungsstrategie gibt die deutsche Bundesregierung an, die Preisentwicklung bei Lebensmitteln beobachten zu wollen, um ggf. Maßnahmen zu ergreifen – die jedoch nicht weiter spezifiziert werden.<sup>20</sup> In einer repräsentativen Umfrage vom Juni 2023 befürwortete demgegenüber die große Mehrheit der deutschen Verbraucher:innen eine vorübergehende Preisdeckelung bei Lebensmitteln, rund 55 Prozent sprachen sich sogar für einen dauerhaften Eingriff aus.<sup>21</sup>

#### 4. Ernährungsarmut nimmt in Deutschland zu

- ✦ **In Deutschland werden keine genauen Daten zu Ernährungsarmut systematisch erhoben. Alle vorhandenen Schätzungen deuten aber darauf hin, dass Ernährungsarmut Realität für Millionen Menschen ist und in den letzten Jahren zugenommen hat.**

Ernährungsarmut umfasst eine materielle und eine soziale Komponente. Materielle Ernährungsarmut bezeichnet eine qualitativ und/oder quantitativ unzureichende Deckung des Nahrungsmittelbedarfs, in erster Linie verursacht durch einen Mangel an finanziellen Mitteln zum Erwerb von Nahrungsmitteln oder an Nahrungsmitteln selbst. Essen ist in unserer Gesellschaften aber auch für die soziale Teilhabe zentral – denken wir einfach an das Feiern eines Geburtstags mit einem Kuchen, oder an die Möglichkeit, sich mit Freund:innen „auf einen Kaffee“ zu treffen: Wenn sie aus finanziellen Gründen nicht möglich sind, bedeutet dies soziokulturelle Ausgrenzung. Die Folgen von Ernährungsarmut gehen also weit über die materiellen Einschränkungen hinaus; soziale Ernährungsarmut verweist auf die eingeschränkten Teilhabechancen hinsichtlich der sozialen Aspekte der Ernährung.<sup>22</sup>

Unterernährung ist in Deutschland zwar selten, **Fehl-, Mangel- und Überernährung** sind jedoch relativ weit verbreitet. Vor allem Kinder und Jugendliche weisen punktuelle Mängel in der Versorgung mit Mikronährstoffen auf. Dieser sogenannte „versteckte Hunger“ (*hidden hunger*) geht häufig mit Übergewicht und Adipositas einher, die über die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung und über 15 Prozent

---

<sup>e</sup> Preissteigerungen können zudem Verteilungseffekte nach sich ziehen, da unterschiedliche Haushaltstypen bzw. Einkommensgruppen unterschiedliche Güter und Dienstleistungen konsumieren, die wiederum unterschiedliche Teuerungsraten aufweisen können. Die Möglichkeiten für Anpassungsreaktionen im Konsumverhalten oder die Notwendigkeit zum Verzicht im Konsum bestimmter Güter und Dienstleistungen variieren ebenfalls je nach Einkommen.

aller Kinder und Jugendliche betreffen.<sup>23</sup> Daraus ergibt sich eine sogenannte „Doppelbelastung“ (*double burden*), die sogar zu einer „dreifachen Belastung“ (*triple burden of malnutrition*) wird, wenn Mangel-, Fehl- und Überernährung gleichzeitig vorhanden sind – was vor allem bei Menschen mit niedrigem sozioökonomischen Status häufiger der Fall ist. Denn die unterschiedlichen Dimensionen der Armut bedingen und verstärken sich gegenseitig: Je niedriger der sozioökonomische Status, desto quantitativ und qualitativ ungünstiger ist die Ernährung, umso höher sind das Risiko von Mangel- und Fehlernährung, die Übergewicht- und Adipositasrate sowie die Erkrankungs- und Sterbewahrscheinlichkeit. Die Folgen sind gravierend, nicht nur hinsichtlich reduzierter Lebensqualität und -erwartung, sondern vor allem für Kinder und Jugendliche: Eine unzureichende Versorgung mit essentiellen Nährstoffen kann ihrer kognitive und körperliche Entwicklung so gefährden, dass die Konsequenzen irgendwann nicht mehr aufzuholen sind.<sup>24</sup> **Die empirischen Erkenntnisse bzgl. des Zusammenhangs zwischen sozioökonomischen Status und Gesundheit sind eindeutig.**

Doch wie viele Menschen hierzulande tatsächlich von Ernährungsarmut betroffen sind, ist nicht genau bekannt. Anders als im Vereinigten Königreich, den USA oder Kanada, werden **in Deutschland keine genauen Daten zu Ernährungsarmut systematisch erhoben**. Wie der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (WBAE) festgestellt hat: „Wie viele Menschen in Deutschland von einkommensinduzierten Zugangsbeschränkungen zu einer quantitativ und qualitativ nicht bedarfsgerechten Ernährung betroffen sind, lässt sich aufgrund fehlender Daten nicht genau beziffern“.<sup>25</sup> Studien zeigen aber, dass armutsgefährdete Menschen zumindest zeitweise (zum Beispiel in der zweiten Hälfte eines Monats) auch von Ernährungsarmut betroffen sind: Ein geringes Einkommen ist eine der Hauptursachen bzw. Risikofaktoren.<sup>26</sup> **Alle Schätzungen deuten darauf hin, dass Ernährungsarmut Realität für Millionen Verbraucher:innen in Deutschland ist** (vgl. Appendix 2). Um zumindest eine Größenordnung angeben zu können, verweisen wir auf eine Erhebung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), die auch vom WBAE zitiert wird (vgl. Abb. 3). Danach sind **etwa 3,2 Millionen Menschen in Deutschland allein von materieller Ernährungsarmut betroffen; die Zahl hat in den letzten Jahren zugenommen**.<sup>27</sup>

Ernährungsarmut ist zudem mit **enormen gesellschaftlichen Kosten verbunden**, wie z. B. mit einer geringeren wirtschaftlichen Produktivität und höheren Kosten für das Gesundheitssystem.<sup>25,28</sup> Die externen Gesundheitskosten des aktuellen Ernährungsverhaltens in Deutschland werden auf rund 50 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt.<sup>29,30</sup>

## 5. Ernährungsarmut als verkanntes Problem

➔ **Ernährungsarmut an sich ist kein neues Phänomen. Die Preisentwicklungen der letzten zwei Jahre haben jedoch die Lage deutlich verschärft – trotzdem wird sie von den politischen Akteur:innen immer noch viel zu wenig beachtet. Das Grundrecht einer angemessenen materiellen Grundlage und einer ausreichenden, gesunden Ernährung wird von der Politik missachtet. Stattdessen wird die individuelle Verantwortung der einzelnen Verbraucher:innen vorgeschoben. Damit werden die Betroffenen allein gelassen.**

Anders als in anderen Ländern, wie zum Beispiel Italien, wurden während der Pandemie keine gezielten Maßnahmen zur Ernährungssicherung eingeleitet, auch nicht in der akuten Phase. In dieser Zeit reagierte die Politik grundsätzlich mit viel Unterstützung, das Thema Ernährung wurde jedoch weitge-

hend vernachlässigt.<sup>f,31</sup> Dieser Ansatz setzt sich weiterhin fort: Für die Bundesregierung ist eine „gesundheitsfördernde Ernährung“ grundsätzlich auch „unter stark begrenzten Einkommensressourcen möglich“, einen „informierten, preisbewussten Einkauf“ vorausgesetzt.<sup>32</sup> Diese in der deutschen Ernährungspolitik weit verbreitete **zu starke Fokussierung auf die individuelle Ernährungsverantwortung der Verbraucher:innen** ist auf mehreren Ebenen problematisch. Es stimmt zwar, dass die Ernährungskompetenzen der Bevölkerung rückläufig sind.<sup>33</sup> Doch solange die Rahmenbedingungen nicht verändert werden, ist der Fokus auf das Verhalten und die Verantwortung der Einzelnen keine wirksame Strategie. **Auch werden dadurch Mangelernährung, ernährungsbedingte Erkrankungen und Ausschluss von der sozialen Teilhabe als Ergebnis fehlender Bildung und falscher individueller Entscheidungen dargestellt. Dabei wird übersehen, dass aktuell Ernährungsumgebungen eine gesunde Ernährung erschweren.**<sup>g,34</sup>

Darüber hinaus sind die **Leistungen der Grundsicherung für eine gesunde Ernährung** – geschweige denn eine nachhaltige – **nicht mal rechnerisch ausreichend.**<sup>35</sup> Ihre realen Kosten werden auch in der Berechnungsgrundlage des Bürgergelds weiterhin nicht berücksichtigt. Fast alle Nutzer:innen von Tafeln, Suppenküchen und ähnlichen karitativen Angeboten beziehen eine Form der Grundsicherung und gehören somit zur offiziell „bekämpften Armut“: Sie sind also erheblich auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen, obwohl sie eigentlich abgesichert sein sollten (vgl. Anhang 2). **Die Anpassungen der Sozialleistungen fielen allerdings wiederholt geringer aus als die Teuerung der Lebenshaltungskosten.** Auch der WBAE kritisiert 2023 in seiner Stellungnahme, dass „die Berechnungsmethodik [des Bürgergeldes] für die Bedarfsermittlung nicht angepasst [wurde], sodass der Regelsatz nach wie vor nicht für eine gesundheitsfördernde Ernährung ausreicht. Die soziale Funktion von Ernährung wird bei der Berechnung des Regelsatzes nicht berücksichtigt“.<sup>25</sup> Und bereits im WBAE-Gutachten aus dem Jahr 2020 – lange vor der Rekordinflation – bemängelten die Wissenschaftler:innen eine erhebliche „Deckungslücke“ zwischen dem im Regelbedarf vorgesehenen Budget und den Kosten einer gesunden Ernährung.<sup>36</sup> Studien zeigen, dass eine gesunde Ernährung in Deutschland weder mit dem Bürgergeld noch mit „Hartz IV“ möglich ist bzw. war.<sup>30</sup> Dabei sind nicht nur auf Sozialleistungen Angewiesene von (Ernährungs-)Armut betroffen, sondern unter anderem auch Beschäftigte im Niedriglohnssektor („arm trotz Arbeit“), Senior:innen mit kleiner Rente, Studierende mit kleinem (oder gar ohne) BAföG, Auszubildende mit geringer Vergütung oder Migrant:innen ohne Anspruch auf Sozialleistungen.

<sup>f</sup> In Italien wurden 2020-2021 über 1,3 Mrd. Euro für „Ernährungssolidaritätsmaßnahmen“ bereitgestellt. Vgl. <https://temi.camera.it/leg18/temi/politiche-sociali-per-fronteggiare-l-emergenza-coronavirus.html>

<sup>g</sup> Eine Ernährungsumgebung umfasst den physische, wirtschaftliche, politische und soziokulturelle Kontext, in dem Verbraucher:innen mit dem Lebensmittelsystem interagieren, um Entscheidungen über die Beschaffung, die Zubereitung und den Verzehr von Lebensmitteln zu treffen. Damit gemeint sind also persönliche Gewohnheiten, Wissen und Vorlieben, aber auch die Präsenz und die Verfügbarkeit von Lebensmitteln, der physische Zugang dazu, die Größe von Verpackungen und Portionen, Preise, Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft, die Exposition gegenüber Werbung und Marketing. Bei der Gestaltung fairer Ernährungsumgebungen – auf die Menschen abgestimmte Rahmenbedingungen, die die nachhaltigere Wahl attraktiver machen und eine gesunde und nachhaltigere Ernährung im Alltag aller ermöglichen – liegt Deutschland im internationalen Vergleich zurück.<sup>29</sup>

## 6. Forderungen und Lösungsansätze der Verbraucherzentrale NRW

### → Den Wettbewerb im Lebensmittelsektor stärken: Sektoruntersuchung

Um die Wettbewerbsbedingungen und die Markt- sowie Machtstrukturen im Lebensmittelmarkt zu untersuchen, sollte das Bundeskartellamt eine Sektoruntersuchung durchführen. 2014 hatte die Behörde eine Sektoruntersuchung zur Nachfragemacht im Lebensmitteleinzelhandel durchgeführt und festgestellt, dass die Unternehmen Edeka, Rewe, Aldi und die Schwarz-Gruppe gemeinsam rund 85 Prozent des bundesweiten Absatzes des Sektors vereinen und ihre strukturellen Vorteile in den Verhandlungen mit den Lebensmittelherstellern nutzen. Die Behörde sah dennoch keinen Grund, aktiv zu werden, weil der Markt zu funktionieren schien.<sup>37</sup> Aktuelle Analysen zeigen dagegen nicht nur, dass der deutsche Lebensmitteleinzelhandel *de facto* ein Oligopol, sondern auch, dass der Markt gestört ist und Unternehmen ihre Marktmacht und Preissetzungsspielräume zulasten der Verbraucher:innen nutzen.<sup>8</sup>

Das Bundeskartellamt sollte daher der Frage nachgehen, ob ein ausreichender Wettbewerb zwischen den vier großen Handelsunternehmen gesichert ist. Das könnte in Frage gestellt werden, denn Auswertungen zeigen, dass die Preise zahlreicher Produkte im Preiseinstiegssegment (insbesondere bei den Eigenmarken des Handels) häufig nahezu auf den Cent gleich sind; zudem wirtschaften die Einzelhandelskonzerne zu einem gewissen Anteil inflationsauslösend und haben in den letzten zwei Jahrzehnten die Inflation nicht gedämpft, sondern erhöht.<sup>8</sup>

Darüber hinaus sollte die Lebensmittelpreisentwicklung seit 2022 untersucht werden, um die genauen Ursachen der Lebensmittelinflation klarzustellen und ggf. Störungen bei der Preisbildung bzw. unfaire Preisgenerierung gegenüber Verbraucher:innen in bestimmten Fällen aufzudecken. Die Ergebnisse einer Sektoruntersuchung können als Grundlage für politische Maßnahmen dienen. Kommt das Bundeskartellamt zum Schluss, dass im Lebensmitteleinzelhandel (oder in anderen Sektoren) eine erhebliche oder fortwährende Störung des Wettbewerbs besteht, kann das Kartellamt die in der 11. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen erteilten Kompetenzen nach § 32 f. GWB nutzen und entsprechende Anordnungen treffen.

### → Den Wettbewerb im Lebensmittelsektor stärken: Angemessene Ansätze

Angesichts der Machtkonzentration im Lebensmittelmarkt brauchen wir *ex-ante* und sektorspezifisch wettbewerbspolitische Ansätze, die darauf abzielen, die Spielregeln festzulegen, *bevor* es zu wettbewerbswidrigem Verhalten kommt. Darüber hinaus sollte die Wettbewerbspolitik als ein Instrument zur Unterstützung der makroökonomischen Stabilisierung in turbulenten Zeiten verstanden werden, nicht nur zur Verhinderung und Behebung mikroökonomischer Schäden. Unternehmensentscheidungen sollten im Einklang mit dem öffentlichen Interesse und der makroökonomischen Stabilität stehen.

### → Mehr Transparenz bei Lebensmittelpreisen: Preisbeobachtungsstelle

Inflationswellen können sich extrem schnell entfalten. Von daher sind zuverlässige Echtzeitinformationen für Politik und zuständige Behörden von größter Bedeutung. Detaillierte Daten zu Verbraucherpreisen von konkreten Nahrungsmitteln könnten der genaueren Berechnung einer gesunden, nachhaltigen Ernährung von Bezieher:innen von Sozialleistungen dienen. Mehr Transparenz in der Preisbildung würde auch den Anreiz für Missbrauch von Marktmacht verringern und die Informationsbasis für Wettbewerbsbehörden, Verbraucherschutzorganisationen und Gesetzgeber verbessern. Aktuell fehlt jedoch ein Überblick über die komplexen Preisbildungsmechanismen entlang der Lebensmittel-

wertschöpfungskette. Die amtlichen Inflationsstatistiken sind nur monatlich und mit einer gewissen Zeitverzögerung verfügbar, ebenso kann die wöchentliche Durchschnittspreiserhebung von Lebensmitteln nach verschiedenen Geschäftstypen und Nielsegebieten der Agrarmarkt Informations-Gesellschaft (AMI) nur unzureichend für die Beurteilung von Mitnahmeeffekten und versteckten Preiserhöhungen herangezogen werden. Dadurch können auffällige, nicht nachvollziehbare Preiserhöhungen und Gewinnmitnahmen nicht zeitnah aufgedeckt und sanktioniert werden.

Eine Preisbeobachtungsstelle sollte die Verbraucherpreise eines Lebensmittelwarenkorb mit konkreten, definierten Produkte und Marken permanent und systematisch erfassen.<sup>h,38</sup> Störungen im Lebensmittelmarkt zu Lasten der Verbraucher:innen könnten so schnell identifiziert werden. Analysen der Preisbeobachtungsstelle über Einkaufspreise und Verhandlungsabläufe entlang der Wertschöpfungskette würden Rückschlüsse auf Inflationstreiber erlauben und dem Bundeskartellamt Grundlagen für Interventionen und mögliche Sanktionen liefern.<sup>i</sup> Die Daten der Preisbeobachtungsstelle sollen nicht veröffentlicht werden, sondern ausschließlich der Durchsetzung des Verbraucherschutz und Wettbewerbsrechts dienen. Denn sonst könnte eine höhere Markttransparenz auch negative Effekte induzieren: Implizite Absprachen unter Marktakteuren könnten zum Beispiel begünstigt werden, wenn diese Zugriff auf (detaillierte) Marktdaten haben. Zudem dürften sich die Anreize zur vertikalen Integration verstärken, um der Informationssammlung zu entgehen.

### ➔ **Schluss mit „Mogelpackungen“! Versteckte Preiserhöhungen offenlegen**

Sonderangebote werden werbend hervorgehoben – Preiserhöhungen durch reduzierte Füllmengen dagegen gern versteckt bzw. nicht klar kommuniziert. Damit „Mogelpackungen“ von Verbraucher:innen deutlich wahrgenommen werden<sup>j</sup>, sollten Hersteller die Veränderung des Gewichts eines Produkts innerhalb der letzten sechs Monate auf der Produktvorderseite gut sichtbar abdrücken müssen. Alternativ sollten sie bei reduzierten Füllmengen die Packungen entsprechend verkleinern<sup>k</sup> und die Gestaltung von alter und neuer Packung unterscheiden müssen, oder der niedrigste Grundpreis der vergangenen 30 Tage sollte neben dem jetzt höheren Grundpreis auf dem Preisschild gut lesbar angegeben werden müssen. Solche Angaben sollten sowohl beim Lebensmittelonline- als auch beim stationären Handel sowie bei „Rebranding“ von Produkten erfolgen müssen. Sie könnten auch einen präventiven Effekt haben und dafür sorgen, dass „Mogelpackungen“ gar nicht erst auf den Markt kommen.

<sup>h</sup> Die zu erwartenden Effekte einer Preisbeobachtungsstelle hängen entscheidend von ihrer konkreten Ausgestaltung ab, insbesondere vom Aggregationsniveau der Daten, dem Zugang dazu, ihrer Erhebungsfrequenz und der Anzahl der erhobenen Variablen. Der Mehrwert von hoch aggregierten Daten dürfte sehr klein sein, unabhängig von den anderen Spezifika. Sehr disaggregierte, aktuelle und detaillierte Daten bieten die meisten Vorteile. Mit elektronischen Warenwirtschafts-, Kassensystemen und EAN-Codes könnten die Preise konkreter Nahrungsmittel und Marken relativ problemlos erhoben werden. Die wissenschaftliche Literatur weist zunehmend auf die Vorteile von Hochfrequenz-Preisindikatoren aufgrund von Scanner-Daten hin, um schnellere Inflationsmessungen zu ermöglichen.<sup>38</sup> Die Bundesregierung müsste für den Zugang zu diesen Daten die rechtlichen Grundlagen schaffen.

<sup>i</sup> Preise können unter Wettbewerbsbedingungen genaue Auskunft über die Knappheitsverhältnisse am Markt geben – aber nicht darüber, ob diese Wettbewerbsbedingungen auch vorliegen. Dennoch kann ein systematisches Monitoring von Preisen und ausgewählten Kontextdaten zu den jeweiligen Wertschöpfungsketten und Marktbedingungen durchaus zu einem besseren Verständnis der Entwicklung von Wertschöpfungsketten beitragen.

<sup>j</sup> Ähnlich wie bei der zusätzlichen Preisangabenpflicht bei Preisermäßigungen nach Preisangabenverordnung.

<sup>k</sup> Packungen sollten prinzipiell voll befüllt sein und nur in Ausnahmefällen einen technisch notwendigen Luftraum von bis zu 30 Prozent aufweisen.

### → Ernährungssicherheit für alle Menschen in Deutschland politisch verankern

Die Ernährungssicherheit aller Menschen in Deutschland muss als **Schwerpunkt in den Nachhaltigkeits- und Ernährungsstrategien vom Bund und Länder** verankert werden. Dass sie als Ziel der im Januar 2024 veröffentlichten **bundesweiten Ernährungsstrategie** erkannt worden ist, ist ein wichtiger erster Schritt – der aber noch nicht weit genug geht. Konkrete Maßnahmen sowie konsistente, messbare Ziele, ein konsequentes Monitoring, ausreichendes Budget, Personal und klare Kompetenzen fehlen noch. Auch sind soziale Ernährungsarmut und die Gewährleistung einer adäquaten materiellen Grundlage nicht adressiert worden. Für die Bekämpfung von Ernährungsarmut setzt die Bundesregierung vor allem auf die Beobachtung der Entwicklung von Lebensmittelpreisen und Sozialleistungen (und auf „angemessene Entscheidungen“ bei Bedarf), Forschungs- und Modellprojekte sowie Ernährungsbildung. Somit ist das Risiko sehr groß, dass die Ernährungsstrategie sich als wirkungsloser Papiertiger erweist.

### → Ernährungsarmut bekämpfen: Hohe Preise sozialpolitisch abfedern, vulnerable Bevölkerungsgruppen besonders berücksichtigen

Die Regelsätze der **sozialen Grundsicherung** müssen so gestaltet werden, dass sie Einkommensarmut verhindern. Bei hoher Inflation müssen sie zeitnah angepasst werden; die Berechnungsgrundlage muss angepasst werden, um die **realen Kosten einer gesunden Ernährung** nach den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) zu berücksichtigen und diese dauerhaft zu ermöglichen. Generell müssen die realen Kosten für die Lebensbereiche Energie, Wohnen und Ernährung in allen sozialhilfe-rechtlichen Bedarfsberechnungen berücksichtigt werden – und Sozialpolitik muss auch die Menschen erreichen und unterstützen i) die auf kleine Einkommen, Renten, BAföG usw. angewiesen sind, keinen Anspruch auf Transferleistungen haben und dennoch armutsgefährdet sind; ii) die keine Transferleistungen in Anspruch nehmen, obwohl sie dazu berechtigt wären. Das Phänomen der „verdeckten Armut“ betrifft rund 40 Prozent der Leistungsberechtigten.

**Armut trotz Arbeit** muss durch höheren Mindestlohn, Stärkung der Tarifbindung und/oder Qualifizierung zur Erwerbsbeteiligung reduziert werden. 19 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland arbeiten im Niedriglohnssektor.<sup>39</sup>

Die **Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepakets** soll ausgeweitet und das Potential von Schulen und Kitas genutzt werden, zum Beispiel durch: i) Ferienprogramme, um Kinder aus vulnerablen Haushalten eine Betreuung inklusive warmen Mahlzeiten während der Ferien anzubieten; ii) die Ausweitung des EU-Schulprogramms für Obst, Gemüse und Milch; iii) kostenloses Frühstücksangebot in Kitas und Schulen für Kinder und Jugendliche aus vulnerablen Haushalten. Möglich sind auch Förderprogramme zur Unterstützung von Bevölkerungsgruppen mit geringem Einkommen ohne Anspruch auf Transferleistungen, ggf. in Form von Einkaufsgutscheinen für Nahrungsmittel oder kostenloses Gemüse und Obst, sowie kostenloses Essen-auf-Rädern und Mittagstische für Senior:innen in Grundsicherung und mit kleinen Renten.

### → Ernährungsarmut sofort erfassen, um wirksamer entgegenwirken zu können

Um wirksame Instrumente gegen Ernährungsarmut zu entwickeln, muss sie zunächst besser verstanden werden. In Deutschland werden dazu noch keine Daten systematisch erhoben. Die Ernährungssituation der privaten Haushalte muss Teil der offiziellen statistischen Erfassung werden (bspw. der Sozialberichterstattung auf Landes- und Bundesebene), wie es in anderen Ländern bereits der Fall ist, um Ausmaß, Determinanten und Folgen von Ernährungsarmut zu erfassen. Konsistente, messbare

Ziele für ihre Reduktion muss entwickelt und die Wirksamkeit der Maßnahmen mit Hilfe eines konsequenten Monitorings regelmäßig überprüft werden. In der bundesweiten Ernährungsstrategie kann man lesen, dass die Bundesregierung prüft, inwieweit sozioökonomische Faktoren in bestehenden Untersuchungen zukünftig stärker mitberücksichtigt werden können oder ob möglicherweise die Einführung eines eigenständigen Monitorings sinnvoll ist.<sup>20</sup> Die Notwendigkeit einer besseren Wissensbasis wird festgestellt, doch hierfür soll zunächst ein Forschungskonzept erarbeitet, um daraus Ansätze für ein Monitoring abzuleiten. In Ländern wie den USA und Kanada<sup>1</sup> werden bereits seit Jahren Konzepte und Methoden angewendet, die für Deutschland angepasst werden könnten, auch parallel zu zusätzlichen Forschungsprojekten. So könnten das Ziel der Ernährungsstrategie und eine bessere Datenlage schneller erreicht werden.

### → **NRW und Deutschland auf zukünftige (Inflations-)Krisen vorbereiten**

Zum Beispiel durch die regelmäßige Erstellung von Analysen der Inflation auf makroökonomischer Ebene mit standardisierten Methoden und makroökonomischen Modellen, die den dynamischen Beitrag von Unternehmensgewinnen zur Verstärkung von Schocks erfassen.

Das Land NRW (und Deutschland) müssen zudem auf mögliche zukünftige Lockdowns bzw. massive Schließungen von Kitas und Schulen besser vorbereitet sein: Unter anderem durch die Erarbeitung von Optionen für die Bereitstellung von warmen Mahlzeiten oder Lebensmittelpaketen für gefährdete Bevölkerungsgruppen, die Sicherstellung der Notbetreuung für von Ernährungsarmut gefährdete Kinder und Jugendliche und die verstärkte staatliche Unterstützung von karitativen Essensangeboten.

---

<sup>1</sup> Siehe bspw. Kanada:

<https://www.canada.ca/en/health-canada/services/food-nutrition/food-nutrition-surveillance/health-nutrition-surveys/canadian-community-health-survey-cchs/household-food-insecurity-canada-overview.html>

USA:

<https://www.ers.usda.gov/data-products/ag-and-food-statistics-charting-the-essentials/food-security-and-nutrition-assistance/>

<https://www.ers.usda.gov/topics/food-nutrition-assistance/food-security-in-the-u-s/measurement/#measurement>

## Anhang 1

### Bisherige Evidenz für profitgetriebene Inflation und Gewinnmitnahmen im Euro- raum und in Deutschland, mit Schwerpunkt Agrar- und Lebensmittelsektor (Auswahl)

In den letzten zwei Jahren wurde die Inflation insbesondere von Energie- und Lebensmittelpreisen getrieben. Seit März 2023 ist die Nahrungsmittelteuerung die wichtigste Triebfeder. Die Bedeutung von Unternehmensgewinnen in der aktuellen (Lebensmittel-)Inflation ist inzwischen unter Ökonom:innen vergleichsweise unstrittig, über die genauen Ursachen wird dagegen noch diskutiert. Die derzeitige Datenlage lässt noch keine abschließenden Aussagen bzw. eine genauere Verortung von Gewinnmitnahmen zu – doch die Hinweise darauf verdichten sich immer mehr.

- Joachim Ragnitz (**Ifo-Institut Dresden**)<sup>40</sup> spricht von „Gewinninflation“ und „Inflationsgewinner“ und verweist in einem im Dezember 2022 erschienenen Bericht darauf, dass nicht nur gestiegene Preise für Vorleistungen (unter anderem Energie) die Ursache von Preiserhöhungen in einigen Sektoren sind. Die Studie stellt Preissteigerungen insbesondere bei Unternehmen in den Sektoren Landwirtschaft, Handel und Gastgewerbe über die Teuerung der Vorleistungen hinaus fest. Während der Preisanstieg in der Landwirtschaft durch erhöhte Weltmarktpreise und Unsicherheit erklärt werden kann, scheinen unter anderem Agrarindustrie und Handelsunternehmen den Kostenschub 2022 auch als Anlass genutzt zu haben, ihre Gewinnsituation zu verbessern.
- **Allianz Trade**<sup>4</sup> analysiert in einer im April 2023 erschienenen Studie die steigenden Lebensmittelpreise trotz sinkender Inflation und führt dies vor allem auf Gewinnmitnahmen der Lebensmittelhersteller zurück. Die Untersuchung zeigt, dass insbesondere die sogenannte „unerklärte“ Komponente der Inflation erheblich angestiegen ist. Dabei hätten anfangs Lebensmittelhersteller und nicht Einzelhändler ihre Preise am stärksten erhöht. Der Handel hätte daraufhin im Laufe der Zeit den Großteil der Mehrkosten an Verbraucher:innen weitergegeben.
- Das 2023 Frühjahrsgutachten der **Europäischen Kommission**<sup>41</sup> unterstreicht die Rolle der steigenden Unternehmensprofite in der Entwicklung der gesamten Inflation. Die Analyse kommt zum Schluss, dass Stückgewinne über das Jahr 2022 stetig angestiegen sind und im letzten Quartal 2022 ein Rekordwachstum erreichten. Damit haben sie in der zweiten Hälfte 2022 einen stärkeren Beitrag zur Inflation im Euroraum geleistet als die Lohnstückkosten. Diese Entwicklung war anfänglich vor allem in den Wirtschaftssektoren Industrie, Energie und verarbeitendem Gewerbe konzentriert, erweiterte sich aber nach und nach auch auf andere Bereiche, insbesondere den Dienstleistungssektor. Mögliche Erklärungen sind laut der Kommission eine starke und weniger elastische Nachfrage, die Inflationserwartungen von Verbraucher:innen, Marktstrukturen und Wettbewerbsbedingungen bzw. Marktmachtkonzentrationen, Lieferengpässe sowie strategische Komplementaritäten bei der Preisgestaltung, sprich die Reaktion von Unternehmen auf die Preisgestaltung von Wettbewerbern.
- Auch die **Europäische Zentralbank (EZB)**<sup>42</sup> führt aus, dass die steigenden Preise vieler Güter nicht allein durch gestiegene Betriebskosten erklärt werden können. Vielmehr stiegen im Jahr 2022 Stückgewinne im gesamten Euroraum deutlich stärker als die Lohnstückkosten. Ähnlich wie für die Europäische Kommission ist auch für die EZB eine der Ursachen der Inflation die Tatsache, dass die gestiegenen Inputkosten (zum Beispiel für Energie) es den Unternehmen einfacher machten, ihre Preise zu erhöhen – da es in einer solchen Situation schwieriger ist, festzustellen, ob eine

Preiserhöhung durch höhere Kosten oder höhere Stückgewinne verursacht wird. Die EZB unterstreicht, dass selbst unveränderte Gewinnspannen (also stabile Unternehmensprofite) in einer Situation, die durch einen starken Anstieg der Vorleistungskosten gekennzeichnet ist, Treiber der Inflation sind. EZB-Präsidentin Christine Lagarde machte zusätzliche Unternehmensgewinne sogar für zwei Drittel der 2022 zu verzeichnenden Teuerung in Europa verantwortlich.<sup>43</sup>

- Ökonom:innen des **Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)** haben steigende Gewinnmargen als Haupttreiber der Inflation in der Eurozone identifiziert.<sup>44</sup>
- Eine im Juni 2023 veröffentlichte Analyse des **Internationalen Währungsfonds (IWF)**<sup>45</sup> kommt zum Ergebnis, dass Unternehmensprofite für 45 Prozent der Inflation im Euroraum verantwortlich waren – gegenüber 25 Prozent, die Lohnsteigerungen zugeschrieben werden.
- Laut einer Analyse der **ING-Bank**<sup>46</sup> ist der Anteil der Unternehmensgewinne an der gesamten Bruttowertschöpfung in den letzten drei Jahren in einigen Sektoren erheblich gestiegen: Ein Hinweis darauf, dass Unternehmen die Inflation angeheizt haben – und das auch in der Zukunft tun könnten. Zwischen dem vierten Quartal 2019 und dem vierten Quartal 2022 lässt sich die Inflation in den Bereichen Landwirtschaft, Baugewerbe, Handel, Verkehr und Gastgewerbe hauptsächlich durch einen Anstieg der Gewinne erklären und ist somit nicht auf höhere Energie- und Rohstoffpreise zurückzuführen.
- Auch laut einer im Dezember 2023 veröffentlichten Analyse vom **Institute for Public Policy Research (IPPR)**<sup>8</sup> verstärkt die Marktmacht einiger Unternehmen die Inflation. Die Preiserhöhungen klettern auf höhere Spitzenwerte und sind anhaltender, als sie es mit weniger Marktmacht gewesen wären. Zwar waren die Unternehmensgewinne nicht die einzigen Treiber der Inflation, und auch die durch Pandemie und Einmarsch Russlands in die Ukraine verursachten Schocks sind nicht allein auf das Konto der (marktbeherrschenden) Unternehmen zu schieben. Aber die Marktmacht einiger Akteure und Marktstrukturen, die Mitnahmeeffekte ermöglichen (bspw. Oligopole) haben die Auswirkungen solcher Schocks deutlich verschlimmert.
- Unterschiedliche Analysen des **Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung**<sup>4,47</sup> zeigen auf, dass preistreibende Unternehmensgewinne in Deutschland in bestimmten Wirtschaftsbereichen 2023 zu beobachten waren – unter anderem im Handel und Gastgewerbe. Im Bereich Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei war ein starker Gewinnanstieg im Jahr 2022 zu beobachten, der sich 2023 allerdings zurückbildete. Der Schwerpunkt der Gewinnanstiege in Bereichen ohne Produktionsausweitung lässt darauf schließen, dass eine Überschussnachfrage keine plausible Erklärung für den preistreibenden Anstieg der Stückgewinne gewesen sein kann. Vielmehr ging in den letzten zwei Jahren ein Teil der steigenden Unternehmensprofite über alle Kosten und die Erholung der Wirtschaftstätigkeit hinaus. Weitere Analysen<sup>48</sup> deuten ebenfalls darauf hin, dass die Preise 2021-22 stärker als in anderen historischen Stressphasen stiegen und Engpässe in der Versorgung mit Vorleistungen zunehmend als Vorwand dienen, um höhere Preise – und höhere Profitmargen – zu rechtfertigen. Diese Strategien werden vor allem von Groß- bzw. marktbeherrschenden Unternehmen bzw. in oligopolistischen Märkten erfolgreich umgesetzt.<sup>49</sup>
- **Prof. Isabella Weber** sieht viele Anzeichen dafür, dass wir es aktuell in erster Linie mit einer „Verkäuferinflation“ zu tun haben.<sup>50</sup> Das lasse sich etwa aus amerikanischen Firmendaten ablesen. Engpässe in der Versorgung mit Vorprodukten, die zunächst die Kosten der Unternehmen erhöht

hatten, dienen zunehmend als Anlässe, um höhere Preise – und höhere Profitmargen – zu rechtfertigen. In einer perfekten Marktwirtschaft könnte dies nicht funktionieren, doch die Realität sieht anders aus. Denn viele Großunternehmen besitzen eine dominante Marktposition und auch ohne Kartellabsprachen agieren die führenden Akteure einer Branche häufig sehr ähnlich. So liefern sie sich in der Regel keine Preiskämpfe um Marktanteile, sondern zögen gern mit, wenn der Erste die Preise anhebt. Das kann im deutschen Lebensmittelhandelssektor besonders beobachtet werden. Weber bemerkt, dass es vor der Pandemie jahrzehntelang eine sehr niedrige Inflation gab, und kommt zu dem Schluss, dass das dominante Geschäftsmodell damals ein anderes war: Die Gewinnmargen wurden nicht durch höhere Verkaufspreise ausgeweitet, sondern durch sinkende Produktionskosten. Dies hat sich mit der aktuellen Krise der Globalisierung verändert. Unterbrochene Lieferketten und teurere Rohstoffe zwingen die Unternehmen, an anderen Schrauben zu drehen, um ihre Gewinne weiter zu steigern – und sie erhöhen mit Verweis auf Lieferprobleme die Preise.

- ➔ Lebensmittelhersteller und -handel argumentieren häufig, dass sie Rohstoffe bei sehr hohen Preisen gekauft hätten – die jetzt „gezwungenermaßen“ weitergegeben werden müssten. Zwar gibt es eine Art Dominoeffekt, da es eine gewisse Zeit dauert, bis sich erhöhte Produktionskosten auf die Preise am Ende der Lebensmittelversorgungskette auswirken. Inwiefern diese Dynamiken tatsächlich eine Rolle spiel(t)en kann jedoch wegen fehlender Transparenz in der Lebensmittelpreissetzung nicht überprüft werden. Die **landwirtschaftlichen Erzeugerpreise** sind in Deutschland seit dem Jahreswechsel 2022/23 stetig gesunken. Ebenso sind die Weltmarktpreise für Weizen sowie andere Agrarrohstoffe inzwischen überwiegend stark gesunken.

## Anhang 2

### Wie viele Menschen sind in Deutschland von Ernährungsarmut betroffen? Eine Annäherung

- Laut Schätzungen der Weltorganisation für Landwirtschaft und Ernährung (FAO) sind in Deutschland **rund 3,2 Millionen Menschen** von moderater oder schwerer materieller Ernährungsarmut betroffen, was rund 3,8 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht.<sup>26</sup>
- **Es liegen wenige belastbare, empirische Daten zur Nutzung der ehrenamtlichen und größtenteils von Privatspenden abhängigen Angebot der „Tafeln“ vor.** Laut einer Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) nutzten **1,1 Millionen Menschen im Jahr 2020 (also noch vor der Rekord-Inflation)** das Angebot. Darunter fanden sich besonders viele Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, geschiedene oder getrenntlebende Personen bzw. Alleinerziehende sowie Erwerbslose. Allein ein Viertel der Menschen, die von Tafeln profitierten, waren Kinder. Doch selbst diese Zahl stellt nur die Spitze des Eisbergs dar, weil solche Karitativangebote schambehaftet und für ihre Nutzer:innen oft der letzte Ausweg sind. Zudem bezogen drei Viertel der Tafelnutzer:innen Grundsicherung, mehr als zwei Drittel waren von Armut bedroht und ihre Lebensmittelausgaben lagen mit einem Fünftel des Nettoeinkommens deutlich über dem Durchschnitt der restlichen Bevölkerung. Die Autoren der Studie kamen zum Schluss, dass die Bundesförderung von Initiativen der Tafel ausgebaut werden sollte, und, dass Reformen der Grundsicherung notwendig sind.<sup>51</sup> Denn Tafel, Suppenküchen und ähnliche Initiativen bedeuten vor allem eins: Dass die Nahrungssicherung von Menschen in prekären Lebenslagen in Form von Almosen erfolgt, auch wenn die Ernährungssicherung zur Daseinsvorsorge gehört und somit eine staatliche Aufgabe ist. Die Bundesregierung argumentiert, dass „das ehrenamtliche Angebot der Tafeln [...] eine zusätzliche und damit ergänzende Möglichkeit der Beschaffung von vergünstigten oder kostenlosen Lebensmitteln dar[stellt]“.<sup>52</sup> Doch diese freiwillige Wohltätigkeit statt sozialstaatlicher Absicherung steht im Gegensatz zur im Grundgesetz verankerten bedingungslosen Hilfe im Rahmen eines institutionalisierten Systems der Solidarität in einem Sozialstaat.
- **Über 11 Prozent der Bevölkerung** konnte sich laut Eurostat-Daten 2022 nicht wenigstens **jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit** leisten.<sup>53</sup>
- Insgesamt sind **über 17 Millionen Menschen (knapp 21 Prozent der Bevölkerung) von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht**, welche das Risiko für materielle und soziale Ernährungsarmut erheblich erhöhen. 14,7 Prozent der Bevölkerung waren 2022 armutsgefährdet und über 6 Prozent waren von erheblicher materieller und sozialer Entbehrung betroffen.<sup>54</sup> Es ist wahrscheinlich, dass der Großteil dieser Gruppen zumindest zeitweise auch von Ernährungsarmut betroffen ist.<sup>55</sup>

## Quellen

- <sup>1</sup> Statistisches Bundesamt (2024). Pressemitteilung Nr. 020 vom 16. Januar 2024. [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24\\_020\\_611.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24_020_611.html) / Statistisches Bundesamt (2023). Verbraucherpreisindex für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Preise/kpre520.html#250160>
- <sup>2</sup> Ökotest (2022). Shrinkflation: Immer mehr Hersteller verbergen Preiserhöhungen durch Schrumpfkuren. [https://www.oekotest.de/geld-versicherungen/Shrinkflation-Immer-mehr-Hersteller-verbergen-Preiserhoehungen-durch-Schrumpfkuren\\_13071\\_1.html](https://www.oekotest.de/geld-versicherungen/Shrinkflation-Immer-mehr-Hersteller-verbergen-Preiserhoehungen-durch-Schrumpfkuren_13071_1.html)
- <sup>3</sup> Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2023). Ernährungswirtschaft: Versorgungsbilanzen. <https://www.bmel-statistik.de/ernaehrung-fischerei/versorgungsbilanzen> / Bundesinformationszentrum Landwirtschaft (2023). Selbstversorgungsgrad. <https://www.landwirtschaft.de/landwirtschaft-verstehen/wie-funktioniert-landwirtschaft-heute/markt-und-handel/der-selbstversorgungsgrad-wie-ist-es-um-die-versorgung-mit-lebensmitteln-in-deutschland-bestellt> / Rabbi, M. F., Ben Hassen, T., El Bilali, H., Raheem, D., & Raposo, A. (2023). Food Security Challenges in Europe in the Context of the Prolonged Russian–Ukrainian Conflict. Sustainability, 15(6), 4745. / Berkhout, P., Bergevoet, R., & van Berkum, S. (2022). A brief analysis of the impact of the war in Ukraine on food security (No. 2022-033). Wageningen Economic Research.
- <sup>4</sup> Dullien, S., Herzog-Stein, A., & Stein, U. (2023). Gewinninflation: Realität oder Fata Morgana? IMK Report Nr. 185. [www.imk-boeckler.de/fpdf/HBS-008702/p\\_imk\\_report\\_185\\_2023.pdf](http://www.imk-boeckler.de/fpdf/HBS-008702/p_imk_report_185_2023.pdf)
- <sup>5</sup> Allianz Trade (2023). European food inflation – hungry for profits? [https://www.allianz-trade.com/content/dam/onemarketing/aztrade/allianz-trade\\_com/en\\_gl/erd/publications/pdf/2023\\_04\\_14\\_europe-food-inflation.pdf](https://www.allianz-trade.com/content/dam/onemarketing/aztrade/allianz-trade_com/en_gl/erd/publications/pdf/2023_04_14_europe-food-inflation.pdf)
- <sup>6</sup> Jung, C., & Hayes, C. (2023). Inflation, profits and market power: Towards a new research and policy agenda. IPPR and Common Wealth. <http://www.ippr.org/publications/inflation-profits-and-market-pow>
- <sup>7</sup> Franzoni, F. A., Giannetti, M., & Tubaldi, R. (2023). Supply Chain Shortages, Large Firms' Market Power, and Inflation.
- <sup>8</sup> Monopolkommission (2024). Policy Brief. Ausgabe 13, Februar 2024. [https://www.monopolkommission.de/images/Policy\\_Brief/MK\\_Policy\\_Brief\\_13.pdf](https://www.monopolkommission.de/images/Policy_Brief/MK_Policy_Brief_13.pdf) / Lademann, R., & Kleczka, M. (2023). Marktbeherrschung im Lebensmitteleinzelhandel? Eine wettbewerbsökonomische Analyse der Handelsentwicklung und ihrer Folgen für Lieferanten und Verbraucher. Dfv, R&W. / Lebensmittelzeitung (2023). Inflation treibt Herstellerumsätze in neue Höhen. <https://www.lebensmittelzeitung.net/industrie/nachrichten/top-100-lieferanten-inflation-treibt-herstellerumsaetze-in-neue-hoehen-173727> / Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste (2020). Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel (LEH). WD 5 - 3000 - 111/20. <https://www.bundestag.de/resource/blob/808692/75384b347945f452b55168a08cd292cd/WD-5-111-20-pdf-data.pdf>
- <sup>9</sup> Jung, C., & Hayes, C. (2023). Inflation, profits and market power: Towards a new research and policy agenda. IPPR and Common Wealth. <https://www.ippr.org/articles/inflation-profits-and-market-power>
- <sup>10</sup> Foodwatch (2023). Weder gut noch günstig: Die versteckte Preisexplosion bei Eigenmarken und ihre Folgen für Ernährungsarmut. [www.foodwatch.org/fileadmin/-/DE/Themen/Ernaehrungsarmut/2023\\_03\\_17\\_foodwatch\\_Marktcheck\\_Eigenmarken.pdf](http://www.foodwatch.org/fileadmin/-/DE/Themen/Ernaehrungsarmut/2023_03_17_foodwatch_Marktcheck_Eigenmarken.pdf) / Haas, S., Seliger, F., Lemcke, A. (2022). Billigmarken plötzlich teuer: Wie Aldi, Rewe und Co. von der Krise profitieren. Neue Zürcher Zeitung. [www.nzz.ch/visuals/billigmarken-ploetzlich-teuer-wie-aldi-rewe-und-co-vonder-krise-profitieren-ld.1712543](http://www.nzz.ch/visuals/billigmarken-ploetzlich-teuer-wie-aldi-rewe-und-co-vonder-krise-profitieren-ld.1712543)
- <sup>11</sup> Amores, A.F., Basso, H.S., Bischl, S., De Agostini, P., De Poli, S., Dicarolo, E., Flevotomou, M., Freier, M., Maier, S., García-Miralles, E., Pidkuyko, M., Ricci, M., & Riscado, S. (2023). Inflation, fiscal policy and inequality. JRC Working Papers on Taxation and Structural Reforms No 10. European Commission, Seville, Spain. [https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/bitstream/JRC135517/JRC135517\\_01.pdf](https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/bitstream/JRC135517/JRC135517_01.pdf) / Statistisches Bundesamt (2023). Reallöhne im 3. Quartal 2023 um 0,6 % höher als im Vorjahresquartal. Pressemitteilung Nr. 456 vom 29. November 2023. [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/11/PD23\\_456\\_62321.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/11/PD23_456_62321.html)
- <sup>12</sup> Statistisches Bundesamt (2023). Gut ein Fünftel der Bevölkerung Deutschlands von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Pressemitteilung Nr. 190 vom 16. Mai 2023. [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/05/PD23\\_190\\_63.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/05/PD23_190_63.html)
- <sup>13</sup> Statista (2023). Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffenen Bevölkerung in Deutschland nach Alter und Geschlecht im Jahr 2022. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/244865/umfrage/von-armut-oder-sozialer-ausgrenzung-betroffene-bevoelkerung-in-deutschland/>

- <sup>14</sup> Statista (2023). Armutsgefährdungsquote in Deutschland nach Bundesländern im Jahr 2022. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/164203/umfrage/armutsgefaehrungsquoten-in-den-bundeslaendern/>
- <sup>15</sup> GfK (2023). Markendämmerung. [https://www.gfk.com/hubfs/EU%202023%20Files/Consumer%20Index/CI\\_07\\_2023.pdf](https://www.gfk.com/hubfs/EU%202023%20Files/Consumer%20Index/CI_07_2023.pdf) / Foodwatch (2023). Die versteckte Preisexplosion bei Eigenmarken und ihre Folgen für Ernährungsarmut. [https://www.foodwatch.org/fileadmin/-DE/Themen/Ernaehrungsarmut/2023\\_03\\_17\\_foodwatch\\_Marktcheck\\_Eigenmarken.pdf](https://www.foodwatch.org/fileadmin/-DE/Themen/Ernaehrungsarmut/2023_03_17_foodwatch_Marktcheck_Eigenmarken.pdf) / GfK (2022). Pressemitteilung 14. November 2022 Inflation: Handelsmarken steigen prozentual stärker im Preis als Herstellermarken.
- <sup>16</sup> Statistisches Bundesamt (2020). Private Konsumausgaben (Lebenshaltungskosten) nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Konsumausgaben-Lebenshaltungskosten/Tabellen/liste-monatlichen-haushalts-nettoeinkommen.html#115398>
- <sup>17</sup> Handelsverband Deutschland (2023). Konsummonitor Preise. [https://einzelhandel.de/images/attachments/article/13809/HDE\\_IFH\\_Konsummonitor\\_Preise\\_2022\\_2023.pdf](https://einzelhandel.de/images/attachments/article/13809/HDE_IFH_Konsummonitor_Preise_2022_2023.pdf)
- <sup>18</sup> Fratzscher, M. (2023). Hohe Inflation: Krise ist noch lange nicht bewältigt. DIW Wochenbericht, 90(17), 200-200.
- <sup>19</sup> Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (2023). Wer ist von den Preissteigerungen in Nordrhein-Westfalen besonders betroffen? Sozialberichterstattung NRW. Kurzanalyse 01/2023. [http://www.sozialberichte.nrw.de/sozialberichterstattung\\_nrw/kurzanalysen/Kurzanalyse-1-2023.pdf](http://www.sozialberichte.nrw.de/sozialberichterstattung_nrw/kurzanalysen/Kurzanalyse-1-2023.pdf)
- <sup>20</sup> Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2024). Gutes Essen für Deutschland – Ernährungsstrategie der Bundesregierung. [https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Ernaehrung/ernaehrungsstrategie-kabinettd.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=7](https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Ernaehrung/ernaehrungsstrategie-kabinettd.pdf?__blob=publicationFile&v=7) / Deutscher Bundestag (2023). Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Maßnahmen gegen den Preisanstieg und Übergewinne bei Lebensmitteln. Drucksache 20/7960. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/079/2007960.pdf>
- <sup>21</sup> ING – Economic & Financial Analysis (2023). Ungewöhnliche Zeiten, ungewöhnliche Maßnahmen? Vier von fünf Deutschen befürworten staatliche Preiskontrolle. [www.ing.de/binaries/content/assets/pdf/ueberuns/presse/publikationen/2023/ing-studie\\_ungewoehnliche\\_zeiten\\_ungewoehnliche\\_massnahmen.pdf](http://www.ing.de/binaries/content/assets/pdf/ueberuns/presse/publikationen/2023/ing-studie_ungewoehnliche_zeiten_ungewoehnliche_massnahmen.pdf)
- <sup>22</sup> Monetti, S. (2023). Ernährungsarmut in Deutschland. Privatisierung des Hungers statt vorsorgender Sozialpolitik. Kritischer Agrarbericht, 31. Ausgabe. [https://kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2023/KAB\\_2023\\_331\\_337\\_Monetti.pdf](https://kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2023/KAB_2023_331_337_Monetti.pdf)
- <sup>23</sup> Robert Koch-Institut – RKI (2023). Übergewicht und Adipositas. [https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Themen/Uebergewicht\\_Adipositas/Uebergewicht\\_Adipositas\\_node.html](https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Themen/Uebergewicht_Adipositas/Uebergewicht_Adipositas_node.html) / Robert Koch-Institut – RKI (2018). Kindliche Adipositas: Einflussfaktoren im Blick. Das AdiMon Indikatoren-system. [https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Studien/Adipositas\\_Monitoring/AdiMon\\_Infobroschuere.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Studien/Adipositas_Monitoring/AdiMon_Infobroschuere.pdf?__blob=publicationFile)
- <sup>24</sup> Michalski, N., Reis, M., Tetzlaff, F., Herber, M., Kroll, L. E., Hövener, C., & Hoebel, J. (2022). German Index of Socioeconomic Deprivation (GISD): Revision, update and application examples. [https://edoc.rki.de/bitstream/handle/176904/10494/JHealthMonit\\_2022\\_S5\\_Revision-GISD\\_en.pdf?sequence=1&isAllowed=y](https://edoc.rki.de/bitstream/handle/176904/10494/JHealthMonit_2022_S5_Revision-GISD_en.pdf?sequence=1&isAllowed=y) / Geffert, K., Klinger, C., & von Philipsborn, P. (2021). Ernährungspolitik und soziale Ungleichheit hängen zusammen – Handlungsfelder für die Politik. Soziale Sicherheit 12, S. 434-439. [https://www.en.ibe.med.uni-muenchen.de/mitarbeiter/mitarbeiter/philipsborn1e/geffert\\_2021.pdf](https://www.en.ibe.med.uni-muenchen.de/mitarbeiter/mitarbeiter/philipsborn1e/geffert_2021.pdf) / Robert Koch-Institut – RKI (2021). Ernährungsverhalten in Deutschland. Journal of health monitoring, 1. [https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsJ/JoHM\\_01\\_20\\_20\\_Ernaehrungsverhalten.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsJ/JoHM_01_20_20_Ernaehrungsverhalten.pdf?__blob=publicationFile)
- <sup>25</sup> Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim BMEL (2023). Ernährungsarmut unter Pandemiebedingungen. Stellungnahme. [https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/\\_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/ernaehrungsarmut-pandemie.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/ernaehrungsarmut-pandemie.pdf?__blob=publicationFile&v=3)
- <sup>26</sup> Penne, T., & Goedemé, T. (2021). Can low-income households afford a healthy diet? Insufficient income as a driver of food insecurity in Europe. Food Policy, 99, 101978. <https://repository.uantwerpen.be/docman/irua/68166a/171702av.pdf> / Pfeiffer, S. (2014). Die verdrängte Realität: Ernährungsarmut in Deutschland: Hunger in der Überflusgesellschaft. Springer-Verlag.
- <sup>27</sup> FAO, IFAD, UNICEF, WFP, & WHO (2023). The State of Food Security and Nutrition in the World 2023. <https://www.fao.org/3/cc3017en/cc3017en.pdf>

- <sup>28</sup> Yilmaz, S., & Günal, A. M. (2023). Food insecurity indicators of 14 OECD countries in a health economics aspect: A comparative analysis. *Frontiers in Public Health*, 11, 1122331.
- <sup>29</sup> FAO (2023). The State of Food and Agriculture 2023 – Revealing the true cost of food to transform agrifood systems. Rome. <https://www.fao.org/3/cc7724en/cc7724en.pdf>
- <sup>30</sup> Seidel, F., Oebel, B., Stein, L., Michalke, A., & Gaugler, T. (2023). The True Price of External Health Effects from Food Consumption. *Nutrients*, 15(15), 3386.
- <sup>31</sup> Deutscher Bundestag, Ausschuss für Arbeit und Soziales. Ausschussdrucksache 19(11)950. Materialien zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 22. Februar 2021. <https://www.bundestag.de/resource/blob/822234/1c0c5a74f844cb4220323c97135127ca/19-11-950-Materialzusammenstellung-data.pdf>
- <sup>32</sup> Deutscher Bundestag (2022). Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ina Latendorf, Dr. Gesine Lötzsch, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Maßnahmen gegen Ernährungsarmut in Deutschland. Drucksache 20/3847. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/038/2003847.pdf>
- <sup>33</sup> Kolpatzik, K., & Zaunbrecher, R. (Hrsg.) (2020). Ernährungskompetenz in Deutschland.
- <sup>34</sup> HLPE (2023). Reducing inequalities for food security and nutrition. Rome, CFS. <https://www.fao.org/3/cc6536en/cc6536en.pdf> / Geffert, K., Klinger, C., Hebestreit, A., Rehfuss, E., & von Philipsborn, P. (2022). Ernährungsförderliche Politikmaßnahmen – eine Übersicht der Herausforderungen und Möglichkeiten für Deutschland im internationalen Vergleich. *Adipositas-Ursachen, Folgeerkrankungen, Therapie*, 16(02), 98-105. / von Philipsborn, P., Geffert, K., Klinger, C., Hebestreit, A., Stratil, J. M., & Rehfuss, E. A. (2021). Food Environment Policy Index (Food-EPI) Evidenzbericht für Deutschland.
- <sup>35</sup> Hohoff, E., Zahn, H., Weder, S., Fischer, M., Längler, A., Michalsen, A., & Alexy, U. (2022). Food costs for vegetarian, vegan and omni-vore child nutrition: is a sustainable diet feasible with Hartz IV. *Ernährungs Umschau*, 69(9), 136-40. / Kabisch, S., Wenschuh, S., Buccellato, P., Spranger, J., & Pfeiffer, A. F. (2021). Affordability of different isocaloric healthy diets in Germany – An assessment of food prices for seven distinct food patterns. *Nutrients*, 13(9), 3037.
- <sup>36</sup> Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim BMEL (2020). Politik für eine nachhaltigere Ernährung: Eine integrierte Ernährungspolitik entwickeln und faire Ernährungsumgebungen gestalten. Gutachten. [https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/\\_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/wbae-gutachten-nachhaltige-ernaehrung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/wbae-gutachten-nachhaltige-ernaehrung.pdf?__blob=publicationFile&v=3)
- <sup>37</sup> Bundeskartellamt (2014). Sektoruntersuchung Lebensmitteleinzelhandel. [https://www.bundeskartellamt.de/Sektoruntersuchung\\_LEH.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=7](https://www.bundeskartellamt.de/Sektoruntersuchung_LEH.pdf?__blob=publicationFile&v=7)
- <sup>38</sup> Margarian, A. (2023). Preise, Mengen und Margen: Konjunktur- und Strukturentwicklung in Wertschöpfungsketten der Agrar- und Ernährungswirtschaft. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut. Thünen Working Paper 208. [https://literatur.thuenen.de/digbib\\_extern/dn066074.pdf](https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn066074.pdf) / Beck, G., Carstensen, K., Menz, J. O., Schnorrenberger, R., & Wieland, E. (2022). Using high-frequency scanner data to evaluate German food prices in real time. Working Paper. [http://www.miggrprices.eu/images/german\\_inflation\\_project/RealTimeFoodInflation\\_BCMSW\\_2022.pdf](http://www.miggrprices.eu/images/german_inflation_project/RealTimeFoodInflation_BCMSW_2022.pdf) / de Pee, S., & Turowska, Z. (2022). Retail prices track food and nutrition security. *Nature Food*, 3(5), 306-307
- <sup>39</sup> Statistisches Bundesamt (2023). Niedriglohnquote. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-2/niedriglohnquote.html>
- <sup>40</sup> Ragnitz, J. (2022). Gewinninflation und Inflationsgewinner. *ifo Dresden berichtet*, 29(05), 24-28.
- <sup>41</sup> European Commission (2023). Spring 2023 Economic Forecast: an improved outlook amid persistent challenges. [https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-forecast-and-surveys/economic-forecasts/spring-2023-economic-forecast-improved-outlook-amid-persistent-challenges\\_en?prefLang=de](https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-forecast-and-surveys/economic-forecasts/spring-2023-economic-forecast-improved-outlook-amid-persistent-challenges_en?prefLang=de)
- <sup>42</sup> Arce, O., Hahn, E., & Koester, G. (2023). How tit-for-tat inflation can make everyone poorer. The ECB Blog. <https://www.ecb.europa.eu/press/blog/date/2023/html/ecb.blog.230330~00e522ecb5.en.html> / Hahn, E. (2023). How have unit profits contributed to the recent strengthening of euro area domestic price pressures? ECB Economic Bulletin, Issue 4/2023. [https://www.ecb.europa.eu/pub/economic-bulletin/focus/2023/html/ecb.ebbox202304\\_03~705befadac.en.html](https://www.ecb.europa.eu/pub/economic-bulletin/focus/2023/html/ecb.ebbox202304_03~705befadac.en.html)
- <sup>43</sup> Euractiv (2023). ECB-Lagarde says corporate profits contributed to inflation. <https://www.euractiv.com/section/economy-jobs/news/ecb-lagarde-says-corporate-profits-contributed-to-inflation/> / The Guardian (2023). European Central Bank chief suggests firms are engaging in 'greedflation'. <https://www.theguardian.com/business/2023/may/04/european-central-bank-raises-interest-rates-inflation-eurozone>

- <sup>44</sup> Dahl, J., Capolongo, A., & Kühn, M. (2023). Firms' profits: cure or curse? <https://www.esm.europa.eu/blog/firms-profits-cure-or-curse>
- <sup>45</sup> Hansen, N. J., Toscani, F., & Zhou, J. (2023). Euro area inflation after the pandemic and energy shock: Import prices, profits and wages. Volume 2023, Issue 131. International Monetary Fund. <https://doi.org/10.5089/9798400245473.001>
- <sup>46</sup> ING-THINK (2023). Never waste a good crisis – a profit-price spiral in Germany. <https://think.ing.com/downloads/pdf/article/never-waste-a-good-crisis-a-profit-price-spiral-germany>
- <sup>47</sup> Joebges, H., & Logeay, C. (2023). Decomposing current inflation rates in the euro area by wage and profit inflation: The role of wage and price rules. 23rd FMM Conference, S. 1-29. [https://www.boeckler.de/data/downloads/IMK/FMM%20Konferenz%202023/v\\_2023\\_10\\_20\\_joebges.pdf](https://www.boeckler.de/data/downloads/IMK/FMM%20Konferenz%202023/v_2023_10_20_joebges.pdf)
- <sup>48</sup> Adjemian, M. K., Arita, S., Meyer, S., & Salin, D. (2023). Factors affecting recent food price inflation in the United States. *Applied Economic Perspectives and Policy*. / Cucignatto, G., Garbellini, N., & Alcalde, F. F. (2023). Profit-led or cost-led inflation? Propagation effects through the EU inter-industry network. *PSL Quarterly Review*, 76(306), 261-276. / Franzoni, F. A., Giannetti, M., & Tubaldi, R. (2023). Supply Chain Shortages, Large Firms' Market Power, and Inflation. / Matamoros, G. (2023). Are firm markups boosting inflation? A post-Keynesian institutionalist approach to markup inflation in select industrialized countries. *Review of Political Economy*, 1-22. / Matthews, A. (2023). Food price situation in Europe. *Studies in Agricultural Economics*, 125(2). / Nikiforos, M., & Grothe, S. (2023). Markups, Profit Shares, and Cost-Push-Profit-Led Inflation. *Institute for New Economic Thinking*, 6. / Storm, S. (2023). Profit inflation is real. *PSL Quarterly Review*, 76(306), 243-259. / Stiglitz, J. E., & Regmi, I. (2023). The causes of and responses to today's inflation. *Industrial and Corporate Change*, 32(2), 336-385. / Südekum, J. (2023). Unterschiedliche Inflationskrankheiten. *APuZ* 1-3/2023 (Fn 7) S. 6ff.
- <sup>49</sup> Schrooten, M. (2023). Der Preis ist hoch: Inflation, Preisdeckel und Preisbremse. *APuZ* 1-3/2023 (Fn 7) S. 11 ff.
- <sup>50</sup> Weber, I. M., & Wasner, E. (2023). Sellers' inflation, profits and conflict: why can large firms hike prices in an emergency? *Review of Keynesian Economics*, 11(2), 183-213. / Weber, I. M., Jauregui, J. L., Teixeira, L. & Pires, L. N. (2022). Inflation in Times of Overlapping Emergencies: Systematically Significant Prices from an Input-output Perspective (Nr. 340; Economics Department Working Paper Series). University of Massachusetts Amherst.
- <sup>51</sup> Grabka, M. M., & Schupp, J. (2022). Etwa 1, 1 Millionen Menschen in Deutschland besuchen Tafeln: Vor allem Alleinerziehende und Getrenntlebende überdurchschnittlich häufig. *DIW Wochenbericht*, 89(39), 499-505. [https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.854860.de/22-39-1.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.854860.de/22-39-1.pdf)
- <sup>52</sup> Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ina Latendorf, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 20/3633 – Maßnahmen gegen Ernährungsarmut in Deutschland. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/038/2003847.pdf>
- <sup>53</sup> Eurostat (2024). Inability to afford a meal with meat, chicken, fish (or vegetarian equivalent) every second day – EU-SILC survey. [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ILC\\_MDES03\\_custom\\_6595597/bookmark/table?lang=en&bookmarkId=e598dd1e-0102-4b61-939a-6757558395c4](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ILC_MDES03_custom_6595597/bookmark/table?lang=en&bookmarkId=e598dd1e-0102-4b61-939a-6757558395c4)
- <sup>54</sup> Statistisches Bundesamt (2023). Gut ein Fünftel der Bevölkerung Deutschlands von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Pressemitteilung Nr. 190 vom 16. Mai 2023. [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/05/PD23\\_190\\_63.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/05/PD23_190_63.html)
- <sup>55</sup> Bartelmeß, T., Jasiok, S., Kühnel, E., & Yildiz, J. (2022). A scoping review of the social dimensions in food insecurity and poverty assessments. *Frontiers in public health*, 10, 994368.